

| | | | | |
|---|-------------------|---------------|---|------------|
| Beschlussvorlage | | | Vorlagennummer 10.1/372/2021 | |
| Ausblick Bürgerschaftliches Engagement und Integration | | | | |
| Gremium | Sitzung am | Status | Aktenzeichen | TOP |
| Gemeinderat | 01.12.2021 | Ö | | 7 |

| | |
|----------------|--------------------|
| Anlagen | Auswertung Umfrage |
|----------------|--------------------|

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat genehmigt eine 50 %-Stelle für das Bürgerschaftliche Engagement und Integration.

I Sachverhalt und Begründung:

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Landesprogramms im Bereich bürgerschaftlichen Engagement und Integration soll das Thema Bürgerbeteiligung in Kraichtal nicht ebenfalls enden.

Rückblickend hat Kraichtal in den vergangenen anderthalb Jahren einen guten Weg für weitere Schritte geebnet. Trotz der pandemiegeschuldeten Situation konnten verschiedene Bürgerinnen und Bürger Kraichtals in das vergangene Projekt miteingebunden werden und fanden Gefallen daran, sich in Kraichtal für Kraichtal zu engagieren.

Die Organisation und die Hintergrundarbeit des vergangenen Prozesses steuerten zum einen die Prozessbetreuerinnen der Führungsakademie, aber auch Verwaltungskräfte insbesondere die Sachgebiete Bürgerdienste und Sicherung und Mensch und Gesellschaft. Da nun die Führungsakademie nicht mehr unterstützt, stellt sich die Frage, ob und welche Kapazitäten für die zukünftige Bürgerbeteiligung aufgebracht werden soll, um für einen Fortbestand und sogar Weiterentwicklung zu sorgen.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist sinnvoll für eine Gemeinde insbesondere für eine mit neun Stadtteilen, welche noch näher zusammenwachsen sollen. Durch die Einbindung der Menschen in das aktuelle Geschehen vor Ort können sie mitentscheiden, was ihnen wichtig ist, wofür sie einstehen und kreieren so nicht nur einen guten Ort zum Leben sondern auch ihre eigene lebenswerte Heimat. Zusätzlich profitiert die Verwaltung vom Wissen und Engagement der Beteiligten. Durch diese gegenseitige Unterstützung und Transparenz können Prozesse der Verwaltung besser nachvollzogen, gesteuert und verstanden werden.

Zusammenfassend ist eine Weiterführung des Bürgerschaftlichen Engagements und Integration in Kraichtal sinnvoll. Der bisherige Prozess soll in ein langlebiges Projekt

bzw. andauernde Aufgabe entwickelt werden. Diese Aufgaben würden vorrangig wie folgt sein:

- Zentrale Ansprechperson für Bürgerinnen und Bürger sein
- Aufgaben und Zuständigkeiten insb. verwaltungsintern koordinieren
- Sicherstellung des Informationsflusses zum/vom Gemeinderat
- Öffentlichkeit über laufende und zukünftige Projekte informieren
- Begleitung der bestehenden und ggf. neuen Projektgruppen
- Veranstaltungen organisieren, durchführen und nachbereiten
- Netzwerke und Synergien schaffen
- Fördergelder akquirieren und beantragen

Inhaltlich bietet sich an, die Vereine als besonderen Teil der Bürgerbeteiligung zu betrachten und sich auch hier mehr mit ihnen zu befassen und ggf. Synergien erzeugen. Die zusätzlichen Aufgaben wären wie folgt dargestellt:

- Zentrale Ansprechperson für Vereine sein
- Unterstützung als Bindeglied von Verein zur Verwaltung
- Informationsfluss gewährleisten (z. B. über neue Richtlinien, Seminarangebote)
- Administration und Pflege der Vereinsdatei
- Einbindung der Vereine am öffentlichen und politischen Leben
- Veranstaltungen für Vereine organisieren, durchführen und nachbereiten
- Koordinierung der Vereinsförderung

Damit eine gute Bürger- und Vereinsbeteiligung in Kraichtal möglich wird, ist es unumgänglich für die beschriebenen Aufgaben zusätzliche Kapazitäten einzuplanen. Thematisch wäre dieser Themenbereich dem Hauptamt, Sachgebiet Mensch und Gesellschaft zuzuordnen. Nach interner Rücksprache und Einsicht der aktuellen Personalstärke in diesem Sachgebiet, geht die Verwaltung von der Notwendigkeit einer 50 %-Stelle aus. Die Eingruppierung würde entsprechend der Tätigkeiten bei E7 TVÖD erfolgen. Durch diese personelle Erhöhung könnte das Bürgerschaftliche Engagement weitergeführt und ebenfalls Themen wie Jugend- und Seniorenbeteiligung angegangen werden. Zusätzlich würde das Sachgebiet Mensch und Gesellschaft durch diese Erhöhung entlastet werden und könnte mittelfristig ihren Fokus auf weitere notwendige Bereiche setzen.

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat die Schaffung einer 50 %-Stelle für das Bürgerschaftliche Engagement, um die Kraichtaler Bürgerinnen und Bürger zukünftig mehr in das aktuelle Geschehen einzubinden.

II. Finanzielle Auswirkung

Eine 50 %-Stelle in Entgeltgruppe E7 TVÖD sorgt für jährliche Mehrkosten von ca. 17.000 Euro.

Beratungsergebnis:

- Einstimmig mit Stimmenmehrheit laut Beschlussvorschlag
- abweichender Beschluss: